

# Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. — Der Abonnementpreis beträgt 1.50 Mark für das Vierteljahr ohne Bringerlohn.

Inserate müssen bis Montag mittag in unserer Expedition aufgegeben sein. Der Anzeigenpreis beträgt 35 Pf. für die gespaltene Petitzelle. Der Betrag ist im voraus zu entrichten.

Nr. 46

Sonntag, den 15. November

1914

## Extraarbeit und Unterstützungsansprüche.

Infolge vielfach geäußter Wünsche bezüglich des zu leistenden Extrabeitrages und der Unterstützungsansprüche beschloß der Verbandsvorstand, mit dem Ausschuss des Verbandes abermals eine gemeinsame Sitzung abzuhalten. Von den hierbei gefassten Beschlüssen werden die Mitglieder umgehend in Kenntnis gesetzt werden.

## Nahrungsmittelwucher.

Wie die Gewerkschaften ihr ganzes können für die größtmögliche Einschränkung der Arbeitslosigkeit eingesetzt haben und bereit sind, zur Belebung der wirtschaftlichen Tätigkeit zweckentsprechenden Maßnahmen, mögen sie von irgend einer Seite getroffen werden, ihre Unterstützung anzubiehen zu lassen, so energisch müssen sie allerdings auch gegen den Nahrungsmittelwucher Stellung nehmen. Es sind wieder die breiten Massen der Arbeiter, die am schwersten durch diesen schmachvollen Wucher getroffen werden. Und kein Mittel sollte unversucht bleiben, solchen Wucher das Handwerk zu legen.

Wie hoch die Nahrungsmittelsteuerung während der Kriegszeit dem Volke zu stehen kommt, kann natürlich ziffernmäßig nicht auf Heller und Pfennig berechnet werden. Daß aber die Brotvertreuerung allein dem Volke im Jahre Hunderte von Millionen Mark mehr kostet, ist nicht zu widerlegen. Rechnet man dazu die Vertreuerung anderer agrarischer Produkte, die zur Nahrung des Volkes notwendig sind, so ist der Betrag von einer Milliarde im Jahre sicher zu niedrig gegriffen, der zur Ernährung mehr ausgegeben werden muß.

Daraus folgt ohne weiteres, daß diese Mehrausgabe für Nahrungsmittel die industrielle Produktion empfindlich eingeschränkt. Denn die arbeitenden Klassen müssen ihrem Konsum an Industrieprodukten um soviel einschränken, als sie eben mehr als sonst für Nahrungsmittel ausgeben müssten. Einschränkung der industriellen Produktion bedeutet jedoch für die Arbeiter steigende Arbeitslosigkeit, also größeres Elend.

Was helfen daher alle Bemühungen, die von Regierungsstellen oder privaten Korporationen oder wirtschaftlichen Organisationen — wie z. B. von den Gewerkschaften ausgehen, um die wirtschaftliche Tätigkeit zu beleben, wenn eine gewissenlose Spekulation mit Nahrungsmitteln die Kaufkraft des Volkes schwächt? — Für die Spekulanten, für Besitzer und Verkäufer von Nahrungsmitteln mag es sehr profitabel sein, wenn sie die traurige Gelegenheit, die ihnen der Krieg bietet, zur Gewinnmacherei ausnützen. Eine Milliarde Profit ist für diese Volksausbeuter eine glatte Rechnung, eine mühelose Vereicherung. Aber sie ist nicht weniger ein Verbrechen am Volke. Und wir können nicht dich genug unterstreichen, was die „Hamburger Nachrichten“ über diesen Lebensmittelwucher schreiben:

„Es ist wahrlich nicht an der Zeit, in der es einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Unternehmern gestattet werden darf, sich stupidos zu bereichern auf Kosten des ganzen Volkes.“

Wenn selbst dieses freikonservative Blatt die Gefahr der Volksausbeuterung so offen vor aller Welt aufdeckt, müßten die regierenden Kreise schleunigst Maßnahmen zur Beseitigung dieser Gefahr treffen. Nun hat zwar die Regierung Höchstpreise für Brotgetreide verordneten. Aber sie hat die Feststellung der Höchstpreise, seitdem sie diese Mahnung an die Lebensmittelbesitzer und -Verkäufer hatte ergehen lassen, um einen vollen Monat hinausgezogen und damit der Preistreiberei Raum gewährt, der auch von ihnen weidlich ausgenutzt wurde. Dann hat sie die Höchstpreise so hoch gestellt, wie sie bei Missernten und in Hungersjahren kaum vorgekommen sind. Das bedeutet für die Agrarier, für die Besitzer von Brotgetreide oder für Spekulanten immer noch eine glatte Rechnung, d. h. einen hohen unverdienten Gewinn.

Wenn man sich über die Zusammenhänge von Volksernährung und industrieller Produktion klar ist, dann muß man eben dieses Verfahren als eine schwere Schädigung der Industrie bezeichnen. Auf Kosten der Industrie und ihrer großen Zahl von Arbeitern streichen die Agrarier diese Vorteile ein. Und wohlgemerkt: Während des Krieges — in einer Zeit, wo jedes die größten Opfer bringen müßte, um die kritische Lage des gesamten Volkes besser zu gestalten.

Die Gewerkschaften sind an dieser Frage stark interessiert, weil die durch die Teuerung gesteigerte Volksnot ihre Unterstützungsseinrichtungen stärker in Anspruch nimmt, ja eine durch die Teuerung geschaffte Arbeitslosigkeit, die durch den Krieg ihnen eine außerordentlich gespannte Situation zur lieber spannungsaufgelöste Strafe treibt. Die Gewerkschaften werden

daher das ihrige tun, auch gegen diese Ursache der Arbeitslosigkeit, gegen die Teuerung ihren Einfluß geltend zu machen. Mit ihnen müßte die gesamte Industrie den regierenden Kreisen klar machen, daß schärfere Maßnahmen gegen den Nahrungsmittelwucher notwendig sind, als die Feststellung von Höchstpreisen. Bürgerliche, großkonservative und liberale Zeitungen haben bereits darauf hingewiesen, daß die Regierung alle Nahrungsmittel zu normalen Preisen den Besitzern — wenn nötig mit gesetzlichem Zwange — abnehmen und zum staatlichen Betrieb bringen solle, um während der Zeit der Kriegsnot eine Hungernot schweren Grades zu verhüten.

Da kann es der Regierung wirklich nicht schwer fallen, energisch und schnell helfend einzutreten. Jede Verzäumnis steigert die Gefahr.

## Vom „Burgfrieden“.

Von der Maß bis an die Memel soll der Burgfrieden gelten, wie auch die wirtschaftliche und politische Anhäufung des Einzelnen sei, es gilt, in diesem Augenblick zusammenzuhalten und nur dem einen Ziel zu leben: Deutschlands Sieg, um seinen Bestand zu erhalten! So klang es und klingt es auch heute noch durch alle Gassen und durch alle Herzen. Ganz recht. Was wir für unseren Teil dazu geleistet haben, dem Ganzen zu dienen, steht nicht zur Debatte; wir legen auch keinen Wert darauf, daß viel Aufhebens davon gemacht wird, wenn einer seine Pflicht tut. Aber eins können sich die Leute sagen lassen: An den Wagen fahren, und noch dazu in völlig unqualifizierter Weise, lassen wir uns auch nicht. Die „Südd. Tabakzeitung“ glaubt nämlich, uns eine Gardinenpredigt über die Art und Weise halten zu müssen, wie wir in jüngerer Zeit die Interessen der Tabakarbeiter wahren. „Aber es ist im höchsten Grade bedauerlich, daß in einer Zeit, in welcher das deutsche Volk einträglich wie ein Mann zusammenhalten muß, denoch vereinzelte Elemente nicht von ihrer Gesplogenheit ablassen können, jede sich bietende Gelegenheit beim Schopfe zu fassen, um Zwieträcht zu säen“, schreibt das Blatt. Wir wollen nicht weiter untersuchen, wie sich die „Süddeutsche“ den Burgfrieden denkt; wir seien von Anfang an voraus, daß auf beiden Seiten der wirtschaftliche Kampf durch einen Waffenstillstand unterbrochen werden müsse und unser Verband hat vom ersten Tage der Kriegserklärung an so gehandelt. Wir haben als selbstverständlich vorausgesetzt, daß auf der Gegenseite ebenso gedacht und gehandelt werde. Hwar haben wir von einem Verlust oder einer Mahnung irgend einer Unternehmerorganisation unseres Berufes, jetzt nicht an Lohnherabsetzungen zu denken, nichts gesehen, aber wir haben bis jetzt an den Burgfrieden geglaubt und glauben zunächst auch noch fern daran, obgleich er von einer Anzahl unserer Fabrikanten durchbrochen worden ist.

Dass wir in unserem Blatt die Lohnkürzungen einzelner Unternehmer an den Pranger stellen, ist der „Süddeutsche“ auf die Nerven gefallen; sie verseht sich, weil in einem Falle unsere Angaben nicht stimmen sollen, in moralische Schwierigkeiten und redet empört von „leichtfertiger Weise“ und „grundlosen Verdächtigungen“. Bitte, die Geschichte mit Dreher u. Prollius in Aichim war nicht grundlos. Die Firma bestätigt selbst, daß sie für eine Sorte Condor 2 M. abgezogen hat. Natürlich aus Humanität! Begreifen wir, wie immer. Die Arbeit ist in Aichim für 12 M. bereits gemacht worden; vor 1½ Jahren forderten die Arbeiter dafür 13 M. Auch die anderen beiden Serien sollten, als wir den Bericht veröffentlichten, gemacht werden. Dass die Arbeiter sich in damaliger Zeit nicht nur in Aichim, sondern auch noch an anderen Orten einverstanden erklärt hatten, billiger zu arbeiten, glauben wir schon, spricht aber nicht für die Gardinenpredigt der „Süddeutschen“, denn gerade der Umstand, daß für die Arbeiter der Knüppel beim Hund lag, gibt die richtige Melodie zum Text. Ein schöner Burgfrieden, der in dem Sinne verstanden wird, daß die Not der Arbeiter die Heraushebung der Höhe recht fertigen soll. Danach müßten alle Arbeiter die sonst höhere Löhne erhalten, sich gefallen lassen, daß die Fabrikanten ihre billigen Sorten aus den Winkel ihres entlegenen Fabrikat herholen. Vielleicht steht die „Süddeutsche Tabakzeitung“ dieses einmal den norddeutschen Tabakarbeitern besonders ansiegender; sie werden für „humane“ Empfindungen gewiß nicht unempfänglich sein.

Hätte die „Süddeutsche“ den Fall der Aichimer Firma nicht zu dem ihrigen gemacht in einer Art und Weise, von der wir ja oben einige Proben gebracht haben, dann hätten wir geglaubt, was sie in den ersten Ausführungen ihres Artikels sagte, daß nämlich die Rechte gegenständig zu wahren seien. Uebrigens haben wir ja noch eine Anzahl weiterer Fälle

von Lohnkürzungen in anderen Nummern unseres Blattes veröffentlicht, zum Teil sind die Differenzen wieder eingerückt worden; warum denn dort kein Tabel? Aber wir wollen noch einiges hinzufügen, was uns an solchen „humanen“ Fällen gerade ins Gedächtnis kommt und noch nicht von uns veröffentlicht wurde: Vielleicht fragt die „S. T.“ einmal beim Mannheimer Fabrikantenverein wegen des Lohnabzuges bei der Firma Höber & Mandelbaum in Mannheim an; oder sie wendet sich an die Firma Graf in Hamburg, oder gar an die Altonaer Kriegshilfe, die die Differenz an die Altonaer Arbeiter sogar zahlen wollte, wenn sie für dortige Fabrikanten Zigaretten unter den ortüblichen Löhnen machen wollten.

Über das Kapitel „Burgfrieden“ in der Tabakindustrie schreiben wir später wohl noch, jetzt sind wir der Meinung, daß es wirklich darum geht, die Einigkeit der deutschen Volksgenossen nicht zu föhren. Deshalb auch, und nur deshalb haben wir in Fällen, wo es uns zweckmäßig schien, die aus der Reihe Tanzenden festgenagelt. Die moralischen Anwandlungen der „Süddeutschen“ uns gegenüber sind falsch angebracht. Meint sie, daß die Tabakarbeiter bei dem Burgfrieden Ambos sein sollen, so geht das eben nicht. Und wenn die Praktiken gewisser Fabrikanten maßgebend sein sollen, nun, so werden wir ja sehen, wie die Karre läuft.

## Vom Arbeitsmarkt.

Wir teilten in Nr. 45 des Tabak-Arbeiter mit, daß für die Woche vom 19. bis 24. Oktober 1912 (davon 945 weibliche) Mitglieder, das sind 7 Prozent, als arbeitslos gemeldet wurden. 90 Zahlstellen berichteten nicht. Für die Woche vom 26. bis 31. Oktober wurden als arbeitslos 1097 (davon 662 weibliche) Mitglieder als arbeitslos gemeldet, was einem Prozentsatz von 4,8 entspricht. Es haben 103 Zahlstellen nicht berichtet.

## Die Organisation der Arbeit.

Während des Krieges muß eine durchgreifende Organisation der Erwerbstätigkeit im ganzen Reich vorgenommen werden. Die eingerissene Arbeitslosigkeit macht sich der gesamten Industrie — ausgenommen der für Kriegszwecke arbeitenden — schwer fühlbar. Unternehmerverbände sehen sich daher in die Lage versetzt, mit allen Mitteln eine Einschränkung der Arbeitslosigkeit zu bewerkstelligen. Sie gehen dabei von denselben volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten aus, die wir hier oft dargelegt haben, daß nämlich die Arbeitslosigkeit die Stockung der Produktion verstärkt, die Krise verschärft.

So fordert jetzt der „Deutsche Industriezuhörerverband, Six Dresden“ in einem Rundschreiben seine Mitglieder auf, es als wichtigste Aufgabe zu betrachten, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen in einer Reihe von Gewerbezweigen, wie sie infolge des Krieges eingetreten ist und besonders im Winter noch zunehmen wird, wenn nicht allseitig tatkräftig entgegengearbeitet wird.

Wörtlich begründet der Verband diese Forderung mit folgenden Sätzen:

„Die Erwerbslosigkeit großer Arbeiterschichten bedingt nicht nur diese, sondern beeinträchtigt ihre Produktionsfähigkeit für die Erzeugnisse der Landwirtschaft, wie der Industrie, und legt dadurch auch den Handel mit denselben lahm, so daß alle Berufszweige davon aufs Schwerste beeinträchtigt werden, um schwerer wohl die deutsche Industrie, da der bisherige große Auslandsabsatz meist der Kriegsdauer in der Hauptstadt geortet bleibt wird. Es ist deswegen eine Angelegenheit von höchster Bedeutung für die Industrie, Arbeitsgelegenheit und damit einen laufträchtigen Inlandsmarkt zu schaffen. Staat und Gemeinden sind bereits nach dieser Richtung bemüht, doch nicht in der Lage, allein das auf dem Gebiete Notwendige zu bieten, zumal die von ihnen zu gewährnden Arbeiten nicht für alle vorhandenen Kräfte geeignet sind.“

Man sieht, daß das Unternehmertum sehr gut weiß, wie schwer die vermindernde Haftstrafe der arbeitenden Klassen den ganzen kapitalistischen Produktionsprozeß und damit natürlich auch die Profitrate beeinträchtigt. Der Fortfall des Profits beruht aber ein kapitalistisches Gemüts ungemein: außerdem mag es auch beunruhigend in kapitalistischen Kreisen wirken, daß in jüngerer Zeit die verzweifelte Lage des Arbeitslosenheeres Unsicherheit im Innern des Reiches schafft.

Dem entgegenzuwirken, hat der Deutsche Industriezuhörerverband bisher eine Reihe von Maßnahmen getroffen, die er in dem Rundschreiben folgendermaßen skizzirt:

1. hat einen Austausch vermittelt zwischen den an einzelnen (besonders den für Kriegsbedarf arbeitenden) Arbeitsstellen schliedenden und den anderen überzähligen Arbeitsstellen;
2. hat durch Beteiligung an Kriegsbeschaffungen dem viertach zu Tag aufgetretenen Mangel an finanziellen Betriebsmitteln mit abzuholen verhindert;
3. hat angedeut und befürwortet das Vorgehen bei den Regierungsstellen unterstellt, um die Industrie besser mit Rohstoffen zu versorgen;
4. ist den in Frage kommenden Behörden mit allem Nachdruck eingetreten,

daß alle begünstigten und in Aussicht genommenen Arbeiten und Anhängerungen sofort angeführt und fortgeführt werden;

- b) daß auch die Arbeiten und Leistungen für späteren Bedarf (Staatsjahr 1916) sofort vergeben werden;  
c) daß bei den Vergabungen nicht nur einzelne, sondern möglichst viele Betriebe bedacht und Maßregeln dabei vorgeschrieben werden, welche die Beschäftigung einer möglichst großen Arbeiterzahl gewährleisten;  
d) daß alle drückenden Bestimmungen hinsichtlich Kautions und wenigstens während der Kriegsdauer, soweit wie möglich gemildert werden;  
ebenso ist beachtigt, darauf hinzuwirken, daß auch der Privatsektor seine Bestellungen nicht länger zurückhält.

Nötwendig sei es, Arbeitsgelegenheit für eine möglichst große Zahl von Händen zu schaffen, wenn diese auch nicht für die volle seither übliche Arbeitszeit Beschäftigung finden. Wir finden die Maßnahme ganz verständig, zumal möchten wir sie erweitert sehen. Vor allem sollte jede Lohnreduktion in dieser Zeit scharf verurteilt werden. Sie ist der schändlichste Ausdruck größter Wirtschaftlosigkeit gegenüber den Arbeitern nicht nur, sondern der ganzen staatlichen Gemeinschaft. Die Lohnreduktion wirkt ebenfalls hemmend auf den Inlandsmarkt, der doch laufmäßig gemacht werden soll.

Sodann vermissen wir die Förderung einer gesetzlichen Regelung der Arbeitslosenunterstützung. Der Industrieschutzverband wird sich doch nicht der Illusion hingeben, daß durch die von ihm getroffenen Maßnahmen und gemachten Vorschläge die Arbeitslosigkeit beseitigt wird. Günstigerfalls wird sie eingeschränkt — wie weit läßt sich nicht sagen. Folglich bleibt eine Zahl Arbeitsloser zu unterstützen übrig. Man kann sie doch nicht verhütern lassen. Es muß eingegriffen werden. Denn auch die Unterstüzung, so minimal sie sein mag, stärkt die Konkurrenz des Inlandsmarktes.

Aber gerade in dieser Unterstützungsfrage, die am besten durch eine Reichsversicherung gelöst werden könnte, hapert es bei unserem Unternehmertum. Es ist eigentlich das hauptsächlichste Hindernis gegen eine reichsgerichtliche Versicherung gegen Arbeitslosigkeit. Die Regierung steht ihrem Widerstand nur auf das Unternehmertum, das in den Einzellandtagen, wohin die Reichsregierung diese Aufgabe schob, noch leichter die Arbeitslosenversicherung verhindern kann, als im Reichstag.

Die speziellen Maßnahmen des Industrieschutzverbandes zeigen aber auch den Weg, auf welchem die Organisation der Arbeit erfolgreich in Angriff genommen werden kann. Werden diese Maßnahmen nur privater Abhilfe empfohlen, so ist ihre Wirksamkeit auch nur eine beschränkte, weil sie eben in das Belieben des einzelnen Unternehmers gestellt sind, der durch kein Mittel gezwungen werden könnte, sie zur Ausführung zu bringen, wenn auch das staatliche Gewebe noch so sehr unter der Misere leidet.

Da liegt es doch nahe, daß es Aufgabe des Staates ist, die Organisation der Arbeit, die Regelung der gesamten Produktion nach guten geistigen Vorschriften zu betreiben. Nur so kann wirksam eingegriffen werden. Die Regelung der Produktion nach dem Bedarf des Volkes ist das erreichbare Ziel, das uns voranleitet muss. Erst dann, wenn es erreicht ist, werden die Nebenstände fallen, gegen die man heute mit kleinen Mitteln antritt. Ohne diese durchgreifende Maßnahme muß jedes Hilfswerk immer Stützpunkt bleiben.

## Reichskanzler u. Arbeitslosenfürsorge

Die Vorsitzenden der „Gesellschaft für soziale Reform“, Staatsminister a. D. v. Berlepsch und Prof. Dr. Franck haben an den Reichskanzler eine Üngabe gerichtet, die sich mit der Frage der Arbeitslosenfürsorge beschäftigt. Darauf ist folgende Antwort des Reichskanzlers ergangen:

Einer Freundschaftsgegenwart Schreiben vom 21. September, das Sie gemeinsam mit Professor Franck an mich gerichtet, gelangte in meine Hände. Ich bin ebenso wie Sie davon überzeugt, daß alles getan werden muß, um biegsigen unserer Bündgenossen, die der Krieg erwerblos gemacht hat, vor Not zu schützen. In ersten Linie werden, wie Sie trefflich herausheben, die Gemeinden heißt zu sorgen haben, daß die Unterstüzung in ausreichender Weise und unter Formen gewährt wird, die dem Menschen Rührung tragen, daß es nicht um Armutunterstützung im bloßmöglichen Sinne geht. Dabei rechte ich daran, daß die Bundeßkantone bestrebt sein werden, den Gemeinden, soweit die Gelb-Behörde Einspruch leistet, mit ihrem Kreisbeitrag zu entschädigen, um so mehr Freiheit des Reichs nach Beendigung Krieges einer Brüderlichkeit zu verschaffen, insoweit es sich seinerseits an der Unterstüzung beitragspflichtiger Gemeinden beteiligen mößt.

Zum Exellent ergebener  
Befehlshaber Hollweg.

Diese Antwort ist als eine direkte Ablösung zu betrachten, die Reichsregierung mit der Frage der Arbeitslosenunterstützung resp. -versicherung zu befreien. Die große Arbeitslosigkeit nach Ausbruch des Krieges hat dennoch die Regierung zu keiner Veränderung ihres bisherigen Standpunktes veranlaßt, nachdem die Unterstüzung Arbeitsloser den Gemeinden in der Haushalte zugewiesen wird. Nur müssen ist eine Abweichung zu verzerrern, als geprüft werden soll, ob sich das Reich an der Unterstüzung beitragspflichtiger Gemeinden beteiligen muß. Mit andern Worten: Wenn in den Gemeinden die Not auf die Bäume steigt, kann ein Bruder für sie abfallen.

Das würde dem Reichstag schon bei seinem demokratischen Zusammensetzen Veranlassung geben, ernsthaft auf die Führung einer Arbeitslosenversicherung durch das Reich hin-

zuwirken. Sonst bleibt die Arbeitslosenfürsorge ein elendes Stückwerk. Es scheint, daß man den Gewerkschaften die Last der Arbeitslosenunterstützung für ewige Zeit aufzuhängen möchte. Die Entwicklung wird jedoch auf diesem Gebiete die Bahn ebenso frei machen wie auf mancher anderen, wo nach dem Kriege mit dem alten Schleuderian gebrochen werden muß.

## Briefkasten der Redaktion.

**Redakteur, Hohenheim.** Versammlungsberichte können wir leider bei dem begrenzten Raum des T.-A. nur dann bringen, wenn es sich um wichtige Angelegenheiten der Bahnhofsstelle handelt, und dann auch nur in knappster Form.

## Verbandsteil.

### Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

**Karl Delchmann, Vorstand, Bremen, Haulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32. — Telefon Nr. 8046.**

Bureauamt von 8 bis 4 Uhr nachmittags.

Für den Vorstand bestimmte Anschriften sind an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Haulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.

Selbst, Einschreib- und Versendungen nur an **W. Rieber**, Bremen, Haulenstraße 58/60 (Gewerkschaftshaus), Zimmer Nr. 32. — Bankkonta, bei der Bankabteilung der Großraum-Gesellschaft deutscher Konsumvereine m. d. H. in Hamburg, Postsekretariat Nr. 8840 beim Postdirektorat in Hamburg.

Für die Erhebung bestimmte Anschriften sind an **Ad. Krohn**, Bremen, Haulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.

Für die Redaktion bestimmte Anschriften sind an **Emil Meiß**, Bremen, Haulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.

Für den Ausdruck bestimmte Anschriften sind an **Emil Gissen**, Altona-Ottensen, Friedensallee 46 I, zu adressieren.

## Bekanntmachung.

Die Bekannterklärung des Mitgliedes **Franz Reiß**, geb. 2. Juni 1884, zu Bremen, S. I. 78480, einget. 1. 3. 1909, Beitragsklasse 3, ist zu konfiszieren und einzuhören. Unterstüzung darf an Reiß nicht gezahlt werden! (S. R.-S.)

Folgende Gelder sind bei mir eingegangen (R = Beitragsbeiträge, F = freiwillige Beiträge)

27. Oktober: Dresden R. 200. — 31. Oktober: Würzburg R. 150., Glas R. 30., Cranienbaum R. 120. — Bredenfelde R. 50. — Gundelsheim R. 9.52. Schorndorf R. 40. — Klein-Augsburg R. 60. — Hohenheim R. 300. — Rüsselsheim R. 35. — 1. November: Oldendorf i. Hessen R. 20. — Lichtenstein i. Hessen R. 27. — Borchum R. 35. — Greiz R. 50. — 2. November: Brandenburg R. 80. — Blasheim R. 25. — Dierschinghausen R. 100. — Bielefeld R. 50. — Bremgau R. 100. — Rostock R. 50. — Lauenburg R. 40. — Uetersen R. 50. — Witten R. 40. — Reinhaus a. E. R. 30. — Orton R. 60. — Lüttich R. 22.52. Cederon R. 40. — Bischofswerda R. 75. — Dresden R. 500. — Leipzig R. 50. — Woltersdorf R. 50. — Magdeburg R. 220. — Gießen R. 100. — Idstein R. 40. — Kahla R. 54. — Schmölln R. 40. — Leuchten R. 20. — Sorau R. 25. — Berlin R. 200. — 3. November: Minden R. 75. — Salzungen R. 120. — Stuttgart R. 35. — Steinach R. 10. — Offenbach a. M. R. 50. — Frankfurt a. M. R. 50. — Langenselbold R. 5. — Frankfurt R. 300. — Hartha R. 150. — Löbenheim R. 80. — Habersleben R. 50. — Remel R. 18.10. — Hamburg R. 100. — 4. November: Burgdamm R. 200. — Cranz R. 15. — Görl R. 80. — Weißen R. 50. — Großenhain R. 30. — Röthenbach R. 25. — 5. November: Gelber R. 50. — Berlin R. 400. — J. 10. — Alsfeldheim R. 30. — Briesel R. 40. — Cranz R. 40. — 6. November: Bremen R. 350. — Osterode a. d. R. 50. — Bremen, den 9. November 1914. — 22. Niebel-Welland.

Abschreibungen vom 3. Quartal gingen in der Zeit vom 3. bis 10. November beim Vorstand ein:

**Gau Hamburg:** Delmenhorst, Neuhans, Hamburg, Elmshorn.  
**Gau Hannover:** Gehrden, Uslar, Calle, Stendal. **Gau Herford:** Hiddenhausen, Lengede, Bielefeld, Bünde, Hüdetz, Lage, Dünne, Höxter, Enger, Werke, Lembeck, Emsdetten, Höxter, Olfen.  
**Gau Heidelberg:** Rengingen, Böbingen, Heidelberg. **Gau Offenburg:** Neunkirchen. **Gau Karlsruhe:** Gundelsheim, Mühlbach. **Gau Erfurt:** Gotha, Weida. **Gau Dresden:** Delitzsch. **Gau Breslau:** Trinitat, Breslau. **Gau Berlin:** Potsdam, Lüttich, Berlin.

## Adressen-Änderungen.

**Elmshorn (1).** 1. Ber. R. Rosenthal, Langenholzweg 6. Elmshorn, Langenholzweg Nr. 5.

**Tübingen (10).** 1. Ber. B. Schmidinger, Schörnerplatz 5 III.

**Langwedel (1).** Georg Wiediger, Berden a. Ufer, Brunnentweg 71.

**Guben (12).** 2. Ber. Otto Löffel, Königsstr. 46 III.

## Arbeitsnachweise.

Die Büros befinden sich:

für den Gau Hamburg:

**Elmshorn:** Gottlieb Obertag, Bureau: Delferholzallee 1.

für Bremen:

**Bremen:** Heinrich Böbbelmann Jr., Haulenstr. 58/60 I, R. 13. Spurenbrüder: 9% bis 10% vormittags und 7 bis 8 Uhr abends. Telefon 2165.

für den Gau Braunschweig:

**Braunschweig:** Erich Stärk, Stärkstr. 4 II.

Spurenbrüder: Montags von 12 bis 1 Uhr nachmittags und 6 bis 7 Uhr abends. Sonntags von 10 bis 12 Uhr vormittags. Auch erhalten Zugereiste dort Arbeitsnachweise.

für den Gau Nordhausen:

**Nordhausen:** Gebrauchs-Bureau: Böhlstr. 14.

für den Gau Erfurt:

**Erfurt:** Wilhelm Schäfer, Unterstr. 59.

für Bielefeld:

**Bielefeld:** Heinrich Schenck, Volpertstr. 10.

für den Gau Frankfurt a. M.:

**Frankfurt a. M.:** Franz Schell, Dreijenestr. 113 II.

für den Gau Offenburg:

**Offenburg:** Georg Durban, Meggerstr. 15 II.

für den Gau Helmholtz:

**Mannheim:** Ferdinand Dahm, H. 5, R. 22.

für den Gau Karlsruhe:

**Karlsruhe:** Ad. Helling, Werderstr. 25, part.

für den Gau Erfurt:

**Erfurt:** Anton Fischer, Westerstr. 28.

Sprechstunden: Wochnstage von 12 bis 1 Uhr nachm. und 7 bis 8 Uhr abends. Sonntags von 11 bis 1 Uhr nachm.

für Sortierer: Otto Ellrich, Kleiststr. 18, pt.

für den Gau Dresden:

**Dresden:** Joseph Domeyer, Ritterbergstr. 2 III, R. 34.

für Sortierer: Walter Möbius, Dresden-Bleichen,

Lorauerstraße 58, ptz. Sprechzeit: 12 bis 1 Uhr mittags und

8 bis 9 Uhr abends; an Sonnabenden nur 8 bis 9 Uhr nachmittags.

für den Gau Breslau:

**Breslau:** Wilhelm Krämer, Gewerkschaftshaus, Margarethenstraße 17 II, Zimmer 89.

für Sortierer: Otto Empirich, Seydlitzstraße 11 IV.

für den Gau Berlin:

**Berlin:** Wilhelm Tschössner, Berlin. Bureau: Dra-

genterstraße 6 a, born. II. Etg.

für Sortierer: Otto Krämer, Berlin 20. 55, Kreis-

walderstraße 195.

Alle Arbeitssuchenden, sowie Fabrikanten, die in den Bezirken dieser Arbeitsnachweise wohnen, wollen sich an vorliegende Adressen wenden.

Ausländische Arbeitsnachweise.

**Schweiz:** Centralarbeitsnachweis für Tabakarbeiter, Vollhaus, Altheimfelden. Brieflichen Anfragen ist das Rückporto beizulegen.

## Arbeitsangebote.

Ein junger Sortierer sofort. Nachfragen: Arbeitsnachweis Hamm Linden (Damen) bei Emil Meiß, Wundtstrasse 17.

Zwei tüchtige Zigarettenmacher, die sich selbst Bildel machen und

8 bis 10 Bildelmacherinnen bei gutem Lohn und Material. Nachfragen: Arbeitsnachweis, Wilh. Krämer, Breslau, Margaretenstr. 17, Zimmer 89.

## Mitglieder-Versammlungen.

**Vielefeld.** Sonntag, den 16. November, nachmittags 3 Uhr, bei Hannemann, Weberstr. 5. Wichtige Tagesordnung.

## Gestorben:

Um 7. Oktober starb in Frankreich der Zigarettenarbeiter Wilhelm Heringhausen aus Verburg, 22 Jahre alt (Bahnhofsviertel Bernburg).

Gefallen auf dem Schlachtfelde ist der Sortierer **Alfred Schubert** aus Gardelegen Sa. (Bahnhofsviertel Leipzig).

Gefallen auf dem Schlachtfelde ist der Sortierer **August Wellport** aus Südbrode i. B. (Bahnhofsviertel Leipzig).

Gefallen auf dem Schlachtfelde ist der Sortierer **Paul Lehmann** aus Freiberg Sa. (Bahnhofsviertel Leipzig).

Gefallen auf dem Schlachtfelde ist der Sortierer **Eugen Haug** aus Borna (Bahnhofsviertel Leipzig).

Am 3. November starb zu Frankenhausen a. E. die Sortiererin **Ida Apel** aus Frankenhausen, 19 Jahre alt.

Ehre ihrem Andenken!

**Carl Roland, Berlin 50**

Rottbulerstraße 4

für Herstellung von 1000 Stücken  
leinen, schneeweiß brennenden Bi-

garten offeriere ich:

21/2 Bib